

6.1 Merkmale der heutigen Weltordnung

6.1.1 Das System der Internationalen Beziehungen

Leitfragen	Welche Akteure nehmen Einfluss auf die internationale Politik?	Warum spielt Sicherheit in den internationalen Beziehungen eine so große Rolle?	Wie hat sich der Sicherheitsbegriff im Laufe der Zeit verändert?	Wie lassen sich die internationalen Beziehungen anhand theoretischer Modelle erklären?
------------	--	---	--	--

Was unterscheidet die internationale Politik von den internationalen Beziehungen?

Im Sprachgebrauch werden die beiden Bezeichnungen Internationale Beziehungen und internationale Politik oft gleichgesetzt. Unter **internationale Politik** kann jede Interaktion und Aktivität zwischen zwei bzw. mehreren Akteuren innerhalb der internationalen Umwelt verstanden werden, die in irgendeiner Form einen politischen Gehalt haben (Kap. 3). Demgegenüber sind die **Internationalen Beziehungen** sehr viel weiter gefasst, da hier nicht nur explizit politische Interaktionen bzw. Aktivitäten miteingeschlossen werden, sondern alle grenzüberschreitenden Handlungen von den unterschiedlichsten Akteuren. Hierzu gehören beispielsweise neben Staaten auch nicht-staatliche Akteure, wie Unternehmen und Verbände, aber auch internationale Organisationen. Die internationale Politik stellt dementsprechend eine Teilmenge der Internationalen Beziehungen dar.

Anarchie in den Internationalen Beziehungen

Im Gegensatz zum Nationalstaat gibt es in der internationalen Politik kein Gewaltmonopol und dementsprechend keine Instanz, die die Sicherheit von Staaten bzw. Menschen garantiert oder Fehlverhalten sanktioniert (Kap. 3.1.1). Dies hat zur Konsequenz, dass man sich nicht darauf verlassen kann, dass andere Staaten friedlich sind; sie müssen in einem solchen System sogar davon ausgehen, dass andere Staaten aggressiv sind. Eine solche **Anarchie** bedeutet für den einzelnen Staat, ständig dem Risiko von Gewalt und Aggression

durch andere Staaten ausgesetzt zu sein, jeder Staat muss darum, um Sicherheit herstellen zu können, paradoxerweise gewaltbereit sein.

Verbunden mit dieser anarchischen Grundordnung ist das sogenannte **Sicherheitsdilemma**: Solange die Welt anarchisch strukturiert ist und auf weltpolitischer Ebene keine übergeordnete Regelungs- und Sanktionsinstanz in Form einer Art Weltjustiz mit durchsetzungsfähiger Weltpolizei existiert, muss jeder Staat um seine Sicherheit fürchten. Die einzige Sicherheit vor Angriffen scheint in der eigenen militärischen Stärke zu liegen (**Abschreckung**). Im Streben nach Sicherheit sind die Staaten gezwungen, immer mehr militärische Macht anzuhäufen. Dies führt wiederum dazu, dass andere Staaten dies als Bedrohung empfinden und ihrerseits nach Macht streben.

Nach der Logik des Sicherheitsdilemmas ergibt sich aus dem Streben nach Sicherheit und des Beharrens auf sicherheitspolitischen Interessen eine paradoxe Situation: Jeder Staat baut zum eigenen Schutz seine militärische Ressourcen auf, um für andere die Kosten soweit zu erhöhen, dass sich ein Angriff nicht lohnt. Der eigene Schutz wird jedoch gleichzeitig aber zur Gefahr des anderen. Da sich in einer solchen Welt kein Staat je ganz sicher fühlen kann, ergibt sich ein Wettlauf um militärische Macht und ein Teufelskreis von Sicherheitsbedürfnis, Machtanhäufung und Bedrohung. Das klassische Beispiel hierfür ist das konventionelle und atomare Wettrennen zwischen den USA und der Sowjetunion im Kalten Krieg.

Die Frage der Sicherheit als Grundkonstante internationaler Politik

Während der bipolaren Weltordnung bis 1990 war Sicherheit bzw. Unsicherheit traditionell durch objektiv gegebene oder subjektiv empfundene Bedrohungen von außen auf einen Staat gekennzeichnet. Diese vorrangig militärisch gefärbte Auffassung von Sicherheit bestimmte das sicherheitspolitische Denken, welches durch ideologische, politisch-ökonomische und militärische Gegensätze zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion geprägt war.

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts 1990 änderte sich die sicherheitspolitische Lage schlagartig. Der einzig verbliebenen Supermacht USA stand kein militärisch ebenbürtiger Feind mehr gegenüber. Die Gefahr eines global geführten (Atom-)Kriegs bzw. eines konventionellen zwischenstaatlichen Kriegs mit globalen Auswirkungen waren in der unipolaren Welt nach dem Ende des kalten Kriegs in den Hintergrund getreten. Vielmehr traten neue sicherheitspolitische Aspekte in den Vordergrund:

- die weltweite Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, das damit verbundene, international organisierte Verbrechen sowie der internationale Terrorismus;
- die zunehmenden innerstaatlichen Konflikte und Kriege, die mit massiven Menschenrechtsverletzungen einhergehen und zu Staatszerfall sowie regionaler Destabilisierung führen;
- die Zunahme von ökonomischen (z.B. Bedrohung der Energieversorgung), sozialen (z.B. Armut) und ökologischen (z.B. Armut) Risikopotentialen.

Der erweiterte Sicherheitsbegriff

Der Wandel des Sicherheitsbegriffs aufgrund der veränderten internationalen Rahmenbedingungen hat zum „erweiterten Sicherheitsbegriff“ geführt. Der Politikwissenschaftler Christopher Daase hat dafür 2012 ein vierdimensionales Modell entwickelt:

- Die erste Dimension betrifft das Referenzobjekt, also die Frage, wessen Sicherheit gewährleistet werden soll.

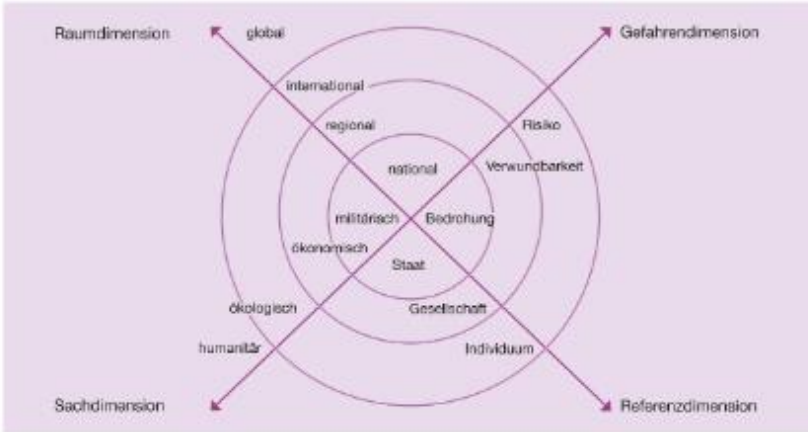
Das Sicherheitsdilemma – ein altes Problem?

Im 5. Jahrhundert v. Chr. waren in der griechischsprachigen Welt Athen und Sparta die mächtigsten Staatstaaten. Nachdem es bereits Krieg zwischen den beiden gegeben hatte, führten beide nach einem 30-jährigen Waffenstillstand ab 431 v. Chr. wieder Krieg gegeneinander. Über diesen zweiten „Peloponnesischen Krieg“ berichtet Thukydides, der in seinem Werk über die Gründe für den Ausbruch des Krieges berichtet: „Den wahren Grund freilich, zugleich den meist beschwiegenen, sehe ich im Wachstum Athens, das die erschreckten Spartaner zum Krieg zwang. [...] Zu diesem Beschluss der Spartaner, dass der Vertrag (über den dreißigjährigen Frieden) gebrochen sei, hatten freilich die Verbündeten mit ihren Forderungen weniger beigetragen als die Furcht vor Athen, dass es immer noch mächtiger werden könne, da sie ihm doch den größten Teil von Hellas bereits Untertan sahen. [...] Nur aber, da die Macht Athens so augenscheinlich stieg und ihren (den Spartanischen) Bund antastete, da ris ihre Geduld, und sie entschlossen sich anzugreifen und alles einzusetzen, um seine Größe zu stürzen, wenn sie könnten und eben den Krieg zu erklären.“
Thukydides, Peloponnesischer Krieg, I, 23, 83, 118

- Die zweite Dimension ist die Sachdimension, also die Frage, in welchem Problembereich der Politik Sicherheitsgefahren festgestellt werden.
- Die dritte Dimension betrifft die Raumdimension, mithin die Frage, für welches geografische Gebiet Sicherheit angestrebt wird.
- Die vierte Dimension betrifft schließlich die Gefahrendimension, also die Frage, wie das Problem konzeptualisiert wird, auf das Sicherheitspolitik antworten soll.

Der erweiterte Sicherheitsbegriff bezieht sich nicht nur auf militärische Sicherheit im Sinne des Schutzes der staatlichen Außengrenzen, sondern erfasst auch wirtschaftliche, soziale, politische, kulturelle Sicherheit. Zwar ist militärische Stärke nach wie vor ein Element der staatlichen Sicherheitspolitik, militärische Fähigkeiten allein reichen aber nicht aus, um Sicherheit z.B. in der ökologischen Dimension herzustellen. Umfassende Sicherheit erfordert auch Kommunikation und Kooperation zwischen Staaten und Prävention. Konfliktrisiken sollen möglichst früh wahrgenommen werden und vorbeugende Maßnahmen ergriffen werden (präventive Sicherheit).

Dimensionen des erweiterten Sicherheitsbegriffs



Nach: Christopher Daase, Wandel der Sicherheitskultur, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 50, 2010, S. 10

Welche Akteure prägen die internationalen Beziehungen?

Die dominantesten Akteure sowohl in der internationalen Politik als auch den internationalen Beziehungen sind Staaten. Der moderne Nationalstaat bildete sich im Laufe des 16. Jahrhunderts heraus und dominierte mit dem Westfälischen Frieden von 1648 bis zum Ende der bipolaren Weltordnung 1990 das System der internationalen Beziehungen. Definiert wird er dabei durch ein eindeutig umrissenes Territorium, Kongruenz der Reichweite der Politik mit nationalen Grenzen, einem Staatsvolk sowie einer souveränen Ausübung von Staatsgewalt (= Kap. 3.1.1).

Die Folgen, die das Ende des Ost-West-Konflikts mit sich brachten, und die immer spürbarer werdenden Auswirkungen der Globalisierung, führten zu einer Krise des Nationalstaats. Der amerikanische Soziologe Daniel Bell (1919 – 2011) formulierte dies folgendermaßen: „Der Nationalstaat ist für die kleinen Probleme zu groß und für die großen Probleme zu klein geworden.“ Zunehmender Machtverlust der Nationalstaaten angesichts globaler Probleme wird mit den Schlagwörtern „Denationalisierung“, „Entgrenzung“ und „Disembedding“ bezeichnet. Immer öfter heißt es in der Politik, dieses Problem lässt sich nicht national lösen.

Welche Rolle spielen nicht-staatliche Akteure?

Entgegen der Formulierung von Bell sind die Nationalstaaten im gegenwärtigen System der internationalen Beziehungen immer noch die wichtigsten Akteure. Ihre Handlungsmacht wird jedoch zunehmend durch nichtstaatliche Akteure beeinflusst und eingeschränkt. Zu den nichtstaatlichen Akteuren, die in ihrer Summe die Handlungsmacht der Staaten begrenzen, gehören internationale Organisationen, wie

- die Vereinten Nationen (UNO),
- die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa),
- transnationale Konzerne mit großer finanzieller und wirtschaftlicher Macht, wie die großen Öl- und Gaskonzerne (z.B. Shell, Exxon, Gazprom, Rosneft),
- Nichtregierungsorganisationen (NRO bzw. engl. NGO), wie Amnesty International, Greenpeace oder Attac, die vor allem menschenrechtliche und ökologische Ziele verfolgen,
- international agierende kriminelle Banden, wie die südamerikanischen Drogenkartelle und nicht zuletzt auch
- weltweit, wenn auch mit regionalen Schwerpunkten agierende Terrornetzwerke, wie z.B. der Islamische Staat (IS).

Akteure in der internationalen Politik

Akteure	Aktionsformen und Handlungsoptionen	Beispiele
Supranationale (übernationale, überstaatliche) Einrichtungen	supranationale Politik und Verfahren (Wahrnehmung von Weisungs- und Strafbefugnissen gegenüber Staaten und Personen)	<ul style="list-style-type: none"> • Internationaler Strafgerichtshof • Kriegstribunale • Streitschlichtungsverfahren der WTO
Staatenverbund	supranationale und zwischenstaatliche Politik (Integration als regionale Friedens- und Wertegemeinschaft, auf Problemlösungen orientiert)	<ul style="list-style-type: none"> • Europäische Union
Staatsgruppen	Internationale Politik (Gestaltung der Beziehungen zwischen Staaten und den internationalen staatlichen Organisationen)	<ul style="list-style-type: none"> • G8 (Gruppe der führenden Industrieländer) • G20 (Gruppe der führenden Industrie und Schwellenländer)
Internationale Organisationen, Bündnisse		<ul style="list-style-type: none"> • UNO, Weltbank, IWF, OSZE • NATO, Rio-Pakt
Einzelne Regierungen	Außenpolitik (Wahrnehmung der allgemeinpolitischen, wirtschaftlichen, militärischen und soziokulturellen Interessen eines Staates in seinem internationalen Umfeld)	<ul style="list-style-type: none"> • amerikanische Irak-Politik • deutsche Europapolitik • australische Einwanderungspolitik • russische Syrienpolitik
Einzelressorts, substaatliche Verwaltungseinheiten	transstaatliche Politik (grenzüberschreitende Kooperation mit Einrichtungen anderer Staaten)	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit von Ministern verschiedener Staaten in EU-Fachministerräten • Städtepartnerschaften
Nationale Zivilgesellschaft (innergesellschaftliche Organisationen, Verbände, soziale Bewegungen)	außenpolitische Einflussnahme (durch Lobbyarbeit oder Mobilisierung der öffentlichen Meinung)	<ul style="list-style-type: none"> • Haltungen von • Gewerkschaften • Industrieverbänden • Friedensgruppen zum Einsatz der Bundeswehr in Krisenregionen
Internationale Zivilgesellschaft (Parteien, Kirchen, Unternehmen, Akteure der Finanzmärkte, Interessengruppen, soziale Bewegungen)	transnationale Politik (grenzüberschreitende Einflussnahme auf Entscheidungsträger in der internationalen Politik)	<ul style="list-style-type: none"> • Internationale Handelskammer (ICC) • Greenpeace oder Amnesty International • NGO-Gegenkonferenzen zu Wirtschaftsgipfeln • World Economic Forum in Davos
International organisierte Kriminalität (kriminelle Banden, Mafia, Drogenkartelle, Terrornetzwerke)	Geldwäsche, Korruption, Terror, Schwächung staatlicher Gewalt – Staatszerfall als Ziel	<ul style="list-style-type: none"> • Geldwäsche, Korruption • Terror • Schwächung staatlicher Gewalt • Staatszerfall als Ziel

Nach: Basiswissen Schule, Politik, Wirtschaft Abitur, 2016, S. 347f.

Konkurrierende Weltordnungsmodelle

Allgemein gilt die klassische Annahme, dass der Zustand der Staatenwelt durch Anarchie – also das Fehlen von Herrschaft – gekennzeichnet ist. Zur Überwindung dieser werden in der Forschung drei alternative Weltordnungsmodelle diskutiert: Die hegemoniale Ordnung, die horizontale Selbstorganisation und der Weltstaat.

In Weltordnungsmodellen sollen dabei Vorstellungen über den Zustand oder die Ordnung der Internationalen Beziehungen festgehalten werden. Anhand solcher Modelle sollen komplexe Besonderheiten vereinfacht dargestellt und grundlegende Merkmale eines Sachverhaltes, Begriffs oder Phänomens hervorgehoben werden.

Anarchie der Staatenwelt:

Staaten befinden sich im Sicherheitsdilemma – streben nach Stärke und Macht, um Sicherheitsrisiken zu beherrschen, es herrschen Konkurrenz und Misstrauen (Unilateralismus).

Überwindung durch

Horizontale Selbstkoordination

Kooperation und Koordination der Interessen durch bilaterale und multilaterale Verträge bzw. durch Vereinbarungen in internationalen Organisationen. Die Einhaltung der Verträge kann nicht erzwungen werden (Multilateralismus).

Überwindung durch

Hegemoniale Ordnung

Ein Staat kann aufgrund seiner Vormachtstellung anderen seinen Willen aufzwingen. Er hat quasi ein Gewaltmonopol. So kann Stabilität, Frieden und Demokratie gewährleistet werden, kann jedoch auch zu Unterdrückung und Willkür führen.

Überwindung durch

Weltstaat

Staaten sind bereit, Souveränität an eine supranationale Institution abzutreten, die zur Durchsetzung von Entscheidungen legitimiert ist (Gewaltmonopol). Das Gewaltmonopol wird demokratisch legitimiert und kontrolliert.

Welche Funktion haben Theorien in den Internationalen Beziehungen?

Theorien in den Internationalen Beziehungen dienen dazu, den Gegenstand so zu analysieren, dass allgemeine Grundsätze und Regelmäßigkeiten in internationaler Politik sichtbar werden. Mit Hilfe dieser Theorien können beschreibende (deskriptive) und erklärende (kausale) Aussagen gemacht werden. Das Feld der Theorien über die Internationalen Beziehungen befindet sich dabei in einem Zustand ständiger Ausdifferenzierung und ist geprägt von einem Nebeneinander verschiedener und konkurrierender Theorien, Ansätze, Perspektiven und Konzepte. Dennoch lassen sich als zentrale bzw. dominante Denkschulen der Internationalen Beziehungen vier verschiedene Großtheorien unterscheiden:

- der (Neo-)Realismus,
- der Liberalismus (Idealismus),
- der Institutionalismus und
- der Konstruktivismus.

Der (Neo-)Realismus – nach Macht strebende Staaten

Die realistische Schule basiert auf den theoretischen Überlegungen des amerikanischen Politikwissenschaftlers Hans Joachim Morgenthau (1904–1980). Ähnlich wie schon Thomas Hobbes (1588–1679) sieht Morgenthau zerstörerisches Handeln in der Natur des Menschen begründet. Der Prämisse folgend, dass das Zusammenleben der Menschen vom „Krieg aller gegen alle“ und durch ständige Unsicherheiten – Anarchie – geprägt ist, überträgt Morgenthau dieses Konzept der Anarchie auf die Internationalen Beziehungen. Da auf dieser Ebene eine zentrale Entscheidungs- und Sanktionsgewalt fehlt, ist die internationale Politik durch den Hauptakteur des nach Macht strebenden souveränen Nationalstaates gekennzeichnet. Oberstes Ziel jeder Außenpolitik muss deshalb die egoistische Durchsetzung der eigenen Interessen gegen die Interessen anderer Staaten sein, da jeder Staat für seine Sicherheit in einem „System der Selbsthilfe“ selbst sorgen muss.

Liberalismus – Kooperation demokratischer Gesellschaften

Die liberale bzw. auch idealistische Denkschule steht in direktem Gegensatz zu den Annahmen des Realismus und geht auf das idealistische Menschenbild von Immanuel Kant (1724–1804) zurück. Kant nahm an, dass der Mensch von Natur aus vernunftbegabt, lernfähig und einsichtsvoll ist. Deshalb wird der Liberalismus von Anhängern des Realismus auch abwertend als Idealismus bezeichnet. Moderne Vertreter des Liberalismus, wie der amerikanische Politikwissenschaftler Andrew Moravcsik, gehen nicht davon aus, dass die souveränen Nationalstaaten die zentralen Akteure im System der Internationalen Beziehungen sind. Vielmehr hängt jedes staatliche Interesse von innerstaatlichen Gegebenheiten, wie den materiellen und die ideellen Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen ab.

Unter der Prämisse, dass staatliches Handeln immer das Ergebnis ganz spezifischer gesellschaftlicher Verhältnisse ist, sind liberaldemokratische Gesellschaftssysteme Voraussetzung für eine friedliche Koexistenz der Staaten im System der Internationalen Beziehungen. Der Liberalismus geht darum davon aus, dass liberaldemokratische Staaten auch aufgrund von Interdependenzen untereinander Wege der Kooperation zum gegenseitigen Nutzen finden und so den anarchischen Charakter der Internationalen Beziehungen beherrschen können.

Institutionalismus – Kooperationen in Institutionen und Regimen

Ähnlich wie im Realismus geht auch die institutionalistische Denkschule von einem anarchisch strukturierten System der Internationalen Beziehungen aus, welches nur durch Kooperationen, die aufgrund von Interdependenzen zwingend sind, beherrschbar ist. Im Institutionalismus stehen die Kooperationspotentiale zwischen den Staaten im Fokus. Der Institutionalismus geht bis auf die These von Hugo Grotius (1583–1645) zurück, dass Kriege durch Institutionen, die Regeln setzen, verhindert werden können. Für moderne Vertreter des Institutionalismus, wie z.B. den deutschen Politikwissenschaftler Michael Zürn,

stehen internationale Organisationen im Zentrum des Interesses, welche die Einhaltung von ausgehandelten Verträgen überwachen und garantieren.

Internationale Regime schaffen erweiterte kooperative Strukturen, die informelle und formelle, rechtliche und nicht-verrechtlichte Elemente aufweisen. Beispiele dafür sind das Welthandelsregime (GATT/WTO), das Regime zur Nichtverbreitung von Atomwaffen, das Weltklimaregime oder das Menschenrechtsregime der UN. Regime können dabei verstanden werden als freiwillige Kooperationen und vertragliche Vereinbarungen, die ein verpflichtendes Regelwerk darstellen, um Konflikte zwischen Staaten zu lösen. Sie können im Gegensatz zu internationalen Organisationen jedoch nicht eigenständig handeln.

Konstruktivismus – Internationale Beziehungen als soziales Konstrukt der Wirklichkeit

Auf die Auflösung der Bipolarität nach dem Ende des Ost-West-Konflikts konnten weder realistische, liberale noch institutionelle Theorien eine schlüssige Antwort geben. Wie kann es sein, dass Staaten in feindlicher Konkurrenz zueinander stehen und dann wieder kooperieren und Bündnisse eingehen? Aus Sicht des Konstruktivismus ist die Anarchie im internationalen System nicht „wirklich“ existierend. Es gibt sie nur, weil Akteure sie für real halten und in diesem Rahmen denken und handeln. Eine wichtige Rolle spielen dabei Diskurse, in welchen soziale Realitäten konstruiert werden und somit einen Rahmen dafür setzen, was in einem bestimmten Kontext gesagt werden kann und was nicht.

Vor dem Hintergrund von Diskursen spricht man darum von einer internationalen Sozialstruktur, die durch wandelbare Normen, Werte, Ideen sowie durch Lernprozesse gekennzeichnet ist. Sie unterliegt stets der Wahrnehmung der internationalen Akteure und somit dem steten sozialen Wandel. Der Konstruktivismus ist in dieser Hinsicht keine explizite Großtheorie der Internationalen Beziehungen als vielmehr eine soziologisch geprägte Theorie, die das Verhalten im internationalen System in Abhängigkeit von sich entwickelnden wertorientierten sozialen Strukturen erklärt.

Vergleich der Haupttheorien der Internationalen Beziehungen

	Realismus	Liberalismus	Institutionalismus	Konstruktivismus
Menschenbild	Mensch vertraut nicht auf Vernunft oder moralische Normen, er ist triebgesteuert - er lebt in permanenter Unsicherheit und versucht, diese durch Macht zu überwinden	Mensch ist von Grund auf vernunftbegabt und kann sein Handeln an Idealen ausrichten	Akteure handeln egoistisch, zweckrational und richten ihre Politik am Eigennutz aus	Die Welt ist durch unsere individuelle Wahrnehmung konstruiert; es existiert keine objektive Welt außerhalb der subjektiven Wahrnehmung; der Mensch ist lernbereit und handelt gemäß sozial erlangten Wissens und Wissensstrukturen
Sichtweise Internationaler Beziehungen	Multiplurales Staatensystem ohne zentrale Entscheidungs- und Sanktionsinstanz	Sich stetig entwickelnde Weltgesellschaft vernünftiger Individuen und sozialer Gruppen	Das anarchische System wird ergänzt durch eine wachsende zwischenstaatliche Interdependenz	Akteure verhalten sich gemäß der in den Sozialstrukturen vorgegebenen Werte und Verhaltensstandards
Hauptakteure	Souveräne Nationalstaaten	Individuen und deren gesellschaftliche Zusammenschlüsse (Zivilgesellschaft)	Staaten und internationale Organisationen	Untersucht werden alle Akteure in den Internationalen Beziehungen
Handlungsziele	Durchsetzung nationaler Interessen bzw. Stabilisierung des internationalen Systems durch Machtgleichgewicht	Überwindung der Anarchie durch Herstellung einer internationalen Friedensordnung	Staaten verfolgen eigene Wohlfahrtsinteressen und sind weniger auf relative Machtgewinne angewiesen	Eine Veränderung der Internationalen Beziehungen gelingt nur über die Konstruktion neuer Ideen, Werte und Normen
Mittel zur Verwirklichung der Zielmittel	Krieg als Mittel der Politik, Machtgewinn, Selbsthilfe, Bündnis- und Gleichgewichtspolitik	Aufklärung und Erziehung zur Mündigkeit, Demokratisierung, Vernetzung und internationale Zusammenarbeit, grundsätzliche Ablehnung von Gewalt	Mit Hilfe von internationalen Regimen werden handlungsleitende Regelwerke für spezifische Probleme geschaffen, die über Gebote, Verbote und Verfahrensregeln die internationale Anarchie bändigen	Schaffung gemeinsamer Werte und Normen jenseits von Gewalt; das Verhalten der Staaten wird nicht durch die Verteilung materieller Ressourcen bestimmt als vielmehr über die Verteilung von Wissen, welches institutionalisiert weitergegeben wird

Aufgaben

1. Benennen Sie eine Theorie der Internationalen Beziehungen, in der das Sicherheitsdilemma eine zentrale Rolle spielt und legen Sie dar, wie beide miteinander zusammenhängen.
2. Ordnen Sie die Großtheorien Internationaler Beziehungen jeweils den Weltordnungsmodellen zu und begründen Sie Ihre Zuordnung.
3. Erklären Sie, wie und warum sich der Sicherheitsbegriff im Laufe der Zeit verändert hat.